

ETATREDE 2018 / 2019

**Die Luft für Investitionen darf
nicht die Luft zum Atmen
nehmen!**

Stadträtin Gökay Akbulut MdB

**Stadtrat Thomas Trüper
Gehalten am 11.12.2017
vor dem Gemeinderat
der Stadt Mannheim**

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister und Damen und Herren Bürgermeister
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Mannheim und ihrer
Gesellschaften,
sehr geehrte Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt und Vertreter der
Medien

Wir führen die Etatberatungen 2018/2019 in dem von dem Großprojekt SHM² gesetzten Rahmen durch: Priorisierung von Aufgaben und entsprechend Marginalisierung anderer Aufgaben, Rationalisierung von Arbeitsabläufen, pauschale Kürzungen. Ziel ist es, eine prognostizierte Schwächung künftiger Ergebnishaushalte abzuwenden, um so ein Investitionsniveau von 100 Mio. EUR langfristig aufrechterhalten zu können. Damit soll der fürwahr enorme Investitionsbedarf der Stadt Mannheim finanziert werden können: Ca. 1 Mrd. Euro in zehn Jahren. Auf diesem Rahmen liegt ein Deckel: Die Null-Netto-Neuverschuldung, die sich der Gemeinderat vor neun Jahren selbst verordnet hatte.

Niemand kann ernsthaft etwas gegen die ständige Optimierung des Verwaltungshandelns einwenden, auch nicht gegen eine fortwährende Aufgabenkritik; erst recht nicht gegen eine wirkungsorientierte Steuerung der Verwaltung.

Verquere Finanzdoktrin mit Null-Netto-Neuverschuldung: Privater Reichtum, öffentliche Armut

Und dennoch stimmt an diesem gedeckelten Rahmen einiges nicht: Er geht in Zeiten sprudelnder Steuerquellen davon aus, dass Investitionen in Gebäude und Infrastrukturen von langer Lebensdauer grundsätzlich cash zu bezahlen seien, aus Haushaltsüberschüssen des Ergebnishaushalts und aus Rücklagen. Wir sprechen hier von nachholenden Investitionen und Sanierungen, die in vergangenen Zeiten unterlassen wurden. Wir sprechen auch von Investitionen, mit denen wir seit ein paar Jahren und auch noch zukünftig einzahlen in die Bausünden der 70er und 80er Jahre: Ersatz für regelrechte Wegewerfgebäude: Stocké-Schulen, Technisches Rathaus, einen in der Planungsphase bis zur

Untauglichkeit zurechtgesparten Mitzlaff-Bau, und ein dysfunktionales N1-Gebäude, in dem wir gerade sitzen. Wir zahlen ein in lange Zeit unterlassene Schulsanierungen, Straßen- und Brückensanierungen. Und wenn wir uns gerade sehr mit dem Klinikum befassen müssen, dann ebenfalls mit den Folgen unterlassener Sanierungen. Schon längst müsste ein Haus 2 stehen, um einigermaßen wirtschaftlich im Klinikum arbeiten zu können.

Wir fahren jetzt die Ernte einer jahrzentelangen Finanzdoktrin die volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich Unfug war und ist. Sie steht unter dem Leitbild des „schlanken Staates“ und der auf Teufel komm raus zu drückenden Staatsquote, der Pflege des privaten Reichtums und Verschärfung der öffentlichen Armut. Erstaunlich nur, dass dieselben politische Kräfte, die die massive Schädigung des öffentlichen Eigentums herbeigeführt haben (zum Beispiel durch einen 10 Jahre lang reduzierten Gewerbesteuerhebesatz), sich am lautstärksten über die Folgen ihrer Politik beschwerten und gerade so weitermachen möchten wie bisher.

Kreditfinanzierung langlebiger Investitionen

Langlebige Wirtschaftsgüter werden vernünftigerweise über langfristige Darlehen refinanziert. Das kommunale Kanalsystem hat Abschreibungszeiten von teilweise 70 Jahren. So lange reicht kein Darlehensvertrag. Deswegen haben wir bei der Stadtentwässerung jetzt das Phänomen von Kreditaufnahme für nicht gedeckte Abschreibungen. Inzwischen sind auf dem Kreditmarkt jedoch Darlehen mit 30 Jahren Zinsbindung zumindest für öffentliche Kreditnehmer möglich.

Am Ende muss der Kommunalhaushalt Zinsen und Tilgungen tragen können, aber er muss nicht innerhalb drei, vier Jahre die kompletten Investitionen tragen können. Deswegen ist es z.B. auch mehr als vernünftig, die Umstellung der LED-Straßenbeleuchtung teilweise wie ursprünglich von der Verwaltung in V304/2017 vorgeschlagen, über eine rentierliche Neukreditaufnahme zu finanzieren. Ein Muss ist dies, wenn man z.B. dadurch die für die Sanierung des Klinikums erforderliche Liquidität schonen kann.

Im Übrigen ist schon in den vergangenen Jahren das Investitionsprogramm mehr und mehr auf kommunale privatrechtliche Gesellschaften übertragen worden, die dann ganz normal Darlehen aufnehmen, nicht ohne dass die Stadt

inzwischen für eine halbe Mrd. EUR bürgt und dann mietet oder Betriebskostenzuschüsse zahlt. Dies ist gegenüber der Darlehensaufnahme über die Kommune selbst etwas umständlicher, aber machbar. Die Rote Linie ist für DIE LINKE dort zu ziehen, wo die städtischen Gesellschaften ganz oder teilweise privatisiert werden.

Eine besondere Blüte der falschen Finanzierungsdoktrin war die Errichtung des Gebäudes der Abendakademie im Rahmen einer echten Public-Private-Partnership. Die Abendakademie muss 30 Jahre lang eine zu hohe Miete an den Privatinvestor zahlen ohne in den Besitz des Gebäudes zu kommen, die Stadt zahlt 2,4 Millionen Euro Betriebskostenzuschuss. Die Kurse sind in der Regel nicht eben preiswert und die Bezahlung der Dozent*innen schlecht.

Pro-Kopf-Vermögen

Wir erhielten in der Haushaltsrede der CDU-Fraktion die Schreckensmeldung, dass das jüngste Gemeinderatsmitglied schon nach dem ersten Schrei droht, von 1.658 EUR Prokopfverschuldung der Kämmerei aufgefressen zu werden. In Wirklichkeit kommt es noch viel schlimmer: Die Gesamt-Prokopfverschuldung des sog. „Konzerns“ Mannheim beträgt ca. 7.400 Euro. Die gute Nachricht: Das Baby ruht qua Bürger der Stadt auf einem Anteilsschein am städtischen Gesamtvermögen von ca. 16.400 Euro.

Ernsthaft: Wer immer nur von der Verschuldung redet, versündigt sich an der Demokratie. Denn es muss den Bürgerinnen und Bürgern Mannheims klar sein, dass sie quasi eine Eigentümergemeinschaft am städtischen Vermögen sind und dass dieses vermittelt des demokratisch gewählten Gemeinderats verwaltet, gestaltet und gemehrt wird, dass daher Jede und Jeder Grund hat, sich an der Kommunalwahl zu beteiligen.

Unser Dissens zu der dem Haushaltsentwurf zugrunde gelegten Finanzpolitik: Wir anerkennen den hohen aktuellen und künftigen Investitionsbedarf, und dass man diesem Bedarf Luft verschaffen muss. Aber das darf und muss vor allem nicht dazu führen, dass wichtigen Teilen des kommunalen Lebens die Luft zum Atmen abgeschnitten wird.

„Priorisierung“ nicht Neues

Und diesen Fehler sehen wir in einem uralten Konzept mit neuem Namen: „Priorisierung“ von Aufgaben. Der Gemeinderat priorisiert schon geraume Zeit bestimmte Aufgaben, z.B. die Bildung – vollkommen zu Recht. Aber wenn nun statt der Gießkanne (die für viele Zuschussempfänger seit Jahren ohnehin eingetrocknet war) auf den nicht priorisierten Flächen der Rasenmäher zum Einsatz kommt, ist der Flurschaden groß: Sehr viele Institutionen und Initiativen, die überwiegend durch ehrenamtliche Arbeit am Leben gehalten werden und die teilweise auch Personal beschäftigen, bekommen ein ganz schlechtes Signal über die Anerkennung ihrer Arbeit. Statt die professionelle Arbeit an Tarifbedingungen anzugleichen, wird sie weiter davon entfernt oder reduziert. Mannheim stünde sehr schlecht da, wenn diese sog. „Dritten“ ihre Tätigkeit einstellen würden.

Mit den großen Wohlfahrtsverbänden, die sicher ebenso wie die Stadtverwaltung Optimierungsmöglichkeiten haben, wären entsprechende Gespräche zu führen, wie ohne Leistungsverminderung und zusätzliche Belastung des Personals intelligente Einsparungen realisiert werden können.

DIE LINKE wird die Priorisierungsvorlage ablehnen. Wir werden nicht über die Kürzung des Zuschusses an den „Runden Tisch Hospiz“ um 10 Euro reden, während gleichzeitig 78,6 Mio. „Rückstellungen im Rahmen von Steuerschuldverhältnissen“, verbucht werden müssen, sprich wegen Streitigkeiten mit Gewerbesteuerzahlern, die ihre Wertschöpfung in Mannheim gerne anders interpretieren wollen. Dass dabei auch Namen aus den Paradise-Papers auftauchen, setzt dem Ganzen die Krone auf. Hier geht es wieder um privaten Reichtum und öffentliche Armut.

Armutsbekämpfung braucht höhere Priorität

A propos Priorisierung: Eines der deklarierten strategischen Handlungsfelder ist das Handlungsfeld 3, zugleich das erste der 17 Habitat-Ziele: Bekämpfung von Armut und Armutsrisiken. Das begrüßen wir sehr. Darunter finden wir konkret jedoch nur zwei Ansatzpunkte:

1.) „Bildungs- und Teilhabemaßnahmen sind allen Kindern zugänglich. Insbesondere schwierige finanzielle und soziale Rahmenbedingungen stellen kein Hindernis dar.“ Als Ziel gut formuliert, jedoch zu schwach ausgelegt. Wenn

Mutter oder Vater eines der 20% Mannheimer Kinder, die von Armut bedroht sind, mit der Straßenbahn zu einem vom Familienpass geförderten Angebot begleitet und unterwegs aussteigen muss, weil Kontrolleure die Bahn betreten, dann stimmt etwas nicht. Wir beantragen daher, dass endlich das Monatssozialticket eingeführt wird. Wir können nicht bis zum St. Nimmerleinstag warten, an dem die Landesregierung endlich ein Landessozialticket ermöglicht. Unsere Forderung ist teuer, aber es können nicht 20.000 Menschen faktisch in ihrem Stadtteil festgesetzt und von jeglicher Teilhabe abgeschnitten werden.

2.) Das Ziel: „Mannheim verbessert die Sozialstruktur und nähert sich dem Durchschnitt in Baden-Württemberg an“ klingt gut, darf aber nicht auf Verdrängung hinauslaufen, und die ist schon schleichend im Gange: Wenn die Mieten hier zu hoch sind (selbst für mittelmäßig Verdienende) und auch noch die Kindergartengebühren bleiben wie sie sind oder gar steigen, werden Menschen faktisch gezwungen, ihr Heil in Ludwigshafen oder den pfälzischen und hessischen Landkreisen zu suchen. Wenn anstelle bezahlbarer Neubauwohnungen „individuell gestaltete Einfamilienhäuschen“ in den Fokus genommen werden, „bessert“ sich vielleicht die Sozialstruktur, jedoch auf Kosten Mannheimer Bürgerinnen und Bürger.

Nachdem auf einmal die CDU ihr Herz entdeckt hat für die Abschaffung der Gebühren für den sog. „Regelkindergarten“ (der schon lange keine Regel, sondern eher die Ausnahme ist), werden wir nicht zögern diesen ganz grundsätzlich richtigen Weg in Richtung gebührenfreier Bildung von der Krippe bis zur Uni zu unterstützen. Vor zwei Jahren hat die CDU noch der Gebührenerhöhung zugestimmt.

Für den Kernhaushalt ist preisgünstiges Wohnen kaum ein Thema

Im ganzen Haushalt finden sich gerade mal 250.000 Euro Förderung des Mietwohnungsbaus. Wir schlagen vor, einen revolvingierenden Fonds als Starthilfe für gemeinschaftliche Wohnprojekte einzurichten. Und wir schlagen einen Fonds von 1,5 Mio. EUR vor, aus dem die Verwaltung Flächen für preiswerten und geförderten Wohnungsbau erwerben kann als ein Element der sozial gerechten Bodennutzung und -Vorhaltung.

Die avisierte Armutsbekämpfung durch Erhöhung der Betreuungsquote in den Sozialräumen 4 und 5 unterstützen wir natürlich und beantragen zusätzliche Schulsozialarbeiter*innen in diesen Bereichen.

Subjektives Unsicherheitsempfinden

Noch ein Wort zum angeschlagenen subjektiven Sicherheitsempfinden der Bevölkerung: Wir müssen es selbstverständlich ernst nehmen. Gerade deswegen verbieten sich nach unserer Auffassung aufwändige technische Maßnahmen wie die „intelligente Video-Überwachung“ auf den Planken, der Breiten Straße und dem Alten Messplatz. Sie stellt einen massiven Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung dar, bringt aber wesentlich weniger als Polizei auf der Straße. Die 800.000 Euro Zuschuss an das Land sollten wir uns sparen. Davon abgesehen ist es ein Geldfluss in die falsche Richtung.

Dank

Meine Damen und Herren,

Lassen Sie mich abschließend wieder allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Mannheim und ihrer Gesellschaften Dank sagen für die in den vergangenen zwei Jahren geleistete Arbeit.

Ein zusätzlicher Dank gilt all jenen, die an der Erstellung des Haushaltswerkes mitgewirkt haben. In diesem Zusammenhang auch ein spezieller Dank für die ausgezeichnete Begleitung des Beteiligungshaushalts.

Ich wünsche uns sachliche und für die Menschen in der Stadt Mannheim hilfreiche, nutzvolle und voranbringende Etatberatungen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!